

# Sachsen-Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe für Anhalt und Thüringen

In every Heft die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrg. 217 Nr. 117/173

<b>Bezugspreis:</b> monatlich 2,40 Goldmark. — Bestellungen nehmen überall Postämter, Zeitungsverleger und allen Nachrichtenämtern entgegen. — Abhört Kosten miteinbehalten den Betrag von Schabernack. —	<b>Halle-Saale</b> Donnerstag, 24. Juli 1924	<b>Anzeigenpreis:</b> Die Spaltenbreite 84 mm seine (mit-Grundzeile) 10 Pfennig. Kleinanzeigen 6 Pfennig. Familien-Anzeigen 4 Pfennig. Stellenangebote 3 Pfennig. Die 3. Spalte für den Geschäftsverkehr 60 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Erklärungsstelle Halle-Saale.
--	---	--

# Deutschland für Dionotung eingeladen

## Bertagung der Konferenz

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 23. Juli.

Wie einem Berliner Blatt aus London gemeldet wird, hat die Konferenz heute nachmittag von 3 bis 5.15 Uhr getagt, sich dann am nächsten Montag verlag und beschließen, eine deutsche Delegation zur Teilnahme an der Sitzung am Montag einzuladen.

### Deutschland und die Londoner Aussichten

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 23. Juli.

Die Nachricht, daß die Londoner Konferenz Ende der Woche eine kurze Unterbrechung erfahren soll, hat in Berliner politischen Kreisen wohl Aufsehen, aber keine Überraschung hervorgerufen, denn sie ergibt sich eigentlich von selbst aus der gegenwärtigen Stellung, die der französische Ministerpräsident gegenüber seiner interparlamentarischen Opposition hat. Die Nachricht ist aber immerhin ein Beweis dafür, wie feindselig es auf der Konferenz steht. Gegenüber weiteren Hoffnungen läßt sich in Berlin nur sehr schwer Stand halten, da das Bild ständig von Stunde zu Stunde wechselläufig ist. In politischen Kreisen, namentlich auch in denen, die der Regierung nahe stehen, gewinnt die Auffassung, daß die Konferenz trotz aller Schwierigkeiten ein Ergebnis zeitigen wird, das zwar kaum allen berechtigten deutschen Wünschen Rechnung tragen wird, aber doch im wesentlichen soweit entgegenkommen wird, daß die Mitarbeit Deutschlands bei der Durchführung des Dawes-Vertrages immerhin möglich werden könnte. Es scheint jetzt nicht ausgeschlossen, daß die Eintragung an Deutschlands Ende dieser oder Anfang nächster Woche in Berlin einlaufen wird. (Nur bereits zu Freitag erfolgt. D. Schrift.) Sollte es zu wirklichen Verhandlungen und nicht nur zu einem bloßen Verhör oder gar nur zu einer Unterdrückung kommen, so dürfte der Reichskanzler selbst noch London fahren.

Die parlamentarischen Kreise werden die Londoner Aussichten offenbar eher pessimistisch beurteilen. Prof. Goetzlich meint in seiner heutigen Wochenchau in der „Krautzeitung“, daß das Wort von London scheitern müßte, wenn die Alliierten Deutschland nicht in der Verhandlung eine Willkürbeweisung ermöglichen und den wirtschaftlichen und politischen Lebensnotwendigkeiten Deutschlands Rechnung tragen würden.

## Das vermittelnde Amerika

### Die schwierigen Bankiers

London, 23. Juli.

Am Spätnachmittag hat gestern der amerikanische Botschafter Kellogg noch eine Vermittlungsformel gefunden, die die Möglichkeit in sich zu schließen scheint, den Standpunkt der Bankiers der einen Seite und der Franzosen der anderen Seite man am Vormittag in der Ministerpräsidenten-Beratung trotz des Kompromißvorschlages von Theunis zu seiner Einigung gekommen war, legte Kellogg am Nachmittag einen neuen Entwurf zunächst den drei Ministerpräsidenten vor. Später hat man den Vorschlag an die Finanzminister und Bankiers weiter. Obwohl der Vorschlag von Theunis und insbesondere sein etwas höher eingestuftes Zugangebot, den Reichsminister Vertragsgeschäften durchaus eintrug, wurde er doch verhältnismäßig kühl aufgenommen, vornehmlich von den Finanziers. Dagegen hält man es in hohen politischen Kreisen für möglich, daß der Kellogg'sche Vorschlag Frankreichs Zustimmung finden könnte.

Der Plan Kellogg's beruht sich in vielen Punkten mit den Vorschlägen des belgischen Ministerpräsidenten. Unternehmlich von diesen ist im wesentlichen nur der Punkt, der vorliegt, daß die Reparationskommission berechtigt ist, unter Einverständnis eines Amerikaners die Wiederentlastung Deutschlands festzusetzen. Wenn nun aber diese Befreiung erfolgt ist, dann soll nach dem Kellogg'schen Plan ein Sonderabkommensschluß, dessen Inhalt dem Dawes-Vertrag angelehnt haben, einberufen werden. Die weiteren Schritte der Reparationskommission kann auf Grund der Entscheidungen erfolgen, welche dieser Ausschuss stellen würde. Ferner ist in dem Plan vorgesehen, daß alle Verbindlichkeiten in Postenform untergebracht werden, in dem sie sich auflösen, während der Laufzeit der Rente die Sanktionen auszuführen, welche etwa gegen die Verpflichtungen des erwähnten Sonderabkommensschlusses werden könnten. Obwohl die heutigen Morgenblätter noch nachdrücklich auf den Ernst der Lage und die willige Unerschlichkeit hinweisen, hofft man in englisch-amerikanischen Kreisen dennoch, daß sich eine Verhandlung auf Grund der Vorstöße Theunis-

Die amerikanische Finanziers werden zwar von ihren Grundauffassungen kaum abgehen, aber man sieht in den erwähnten Vorschlägen eine Möglichkeit für sie,

Goetzlich unterstreicht, daß die Regierung sonst schließlichs bestimmt nicht die notwendige Weisheit für die Gezehe finden würde. Dies ist zweifellos als ein erster Fingerzeig der Deutschnationalen anzusehen, dem die Regierung aus interparlamentarischen Gründen nachsichtigen müssen. Ein gewisser pessimistischer Einschlag in der Beurteilung der Konferenz ist ja auch inoffiziell geschehen, als man sich in London bisher fast nur mit dem politischen Weisheit der Durchführung des Dawes-Vertrages, kaum aber mit diesem selbst beschäftigt hat, dessen Grundzüge noch die drei Delegationsleiter für die Kolonialbank, die Eisenbahn und die Industrieobligationen bilden. Die Arbeiten in den ersten beiden Komitees sind demnach längst zum Abschluß gekommen und wie wir erfahren, ist jetzt auch die Einigung in der Frage der Industrieobligationen im wesentlichen festgestellt, daß die Konferenz sich bereits sehr bald mit diesen Gezehe beschäftigen könnte. Zweifellos werden sie in London auch noch vorliegen werden. Was das Gezehe über die Industrieobligationen anlangt, so besteht Grund zu der Annahme, daß im Hinblick der französische Standpunkt der Einzelobligation beibehalten wird, der eine bestimmte Anzahl der deutschen Werke individuell befreit. Im der Gezehe vorzugehen, daß diese Werke in französische Hände gebracht werden könnten, wird aber ein Prinzipiengebot eingeschaltet, durch das ein Teil der Obligationen unveräußerlich wird. Die Gezehe wird auch dadurch vermindert, daß diese Werke nur für einen Teil der fünf Milliarden haften, während der sehr viel größere Wert auf die gesamte deutsche Produktion mit Ausnahme der Landwirtschaft verteilt wird. Dieses Ergebnis führt außer zurück auf die Initiative des belgischen Schlichters Wallenberg der die Arbeiten freudig gefördert hat, wofür freilich ein Grund zu großer Dankbarkeit von deutscher Seite immerhin festzuweisen besteht, als Herr Wallenberg seinen Plan in sehr enger Zusammenarbeit mit seinen französischen Freunden durchgeführt hat. Immerhin dürften den französischen Forderungen in der Frage der Industrieobligationen wenigstens die hauptsächlichsten Gesichtspunkte ausgeprochen sein, so daß es möglich ist, auch dieses Gezehe nach der Konferenz vorzuliegen, vorausgesetzt, daß die augenblickliche Krise überwindet und sich den nächsten Arbeiten widmen kann.

ihre Anschauungen in den Rahmen des neuen Kompromisses einfließen. Besonders bedeutsam ist die Tatsache, daß der Staatsminister Hughes den Standpunkt der Finanzleute und Bankiers durchaus teilt. Gerade Hughes, welcher hier als einer der wichtigsten Vermittler angesehen wird, vertritt durch seine Unterstützung den Ansichten der Bankiers einen scharfen Nachdruck. Man kann sagen, daß auch die amerikanische Politik im allgemeinen, sich mit den Richtlinien, welche von den Bankiers aufgestellt werden, anbahnt. Die Amerikaner vertreten mit allem Nachdruck die Ansicht, daß man kein Geld auf Grund eines aufgeschwungenen Lebenskommens verteilen kann.

Gerriot hat immerzu öfters in langen Telephonangebräuchen sich Ansichten und Ratschläge aus Paris verschafft, und man hofft hier, daß die Pariser politischen Kreise genug Einsicht gewonnen werden, um nicht gegen die neuesten Vermittlungsvorschläge zu opponieren. Die heutige Konferenz könnte nach hier künftigen Verläufen eine Wirkung der Lage bringen, daß sie es anbereits auch möglich, daß sie lediglich eine formale Demonstration der Gütemächte seien wird. Es wird sich heute zeigen, ob der Optimismus der amtlichen englischen Kreise berechtigt war als der starke Pessimismus der Presse.

### Der ratlose Herriot

Paris, 23. Juli.

Gerriot wird vermutlich heute vermittelt im Bereiche der Reparationsfrage, in der die Führer der alliierten Delegationen zusammenzutreten werden, seinen Standpunkt in der Frage der Verzeigungen und Sanktionen darlegen. Gerriot war durch die völlige Abkehr der anglo-amerikanischen Finanziers sehr aus der Fassung gebracht worden. Darüber wird die „Agence Releve“ zu berichten: Gestern Abend habe Gerriot fundenlang mit Paris telephoniert und von seinen politischen Freunden, sogar von seinen politischen Widersachern, Ratschläge erhalten.

### Herriot holt sich Vollmachten

Paris, 23. Juli.

In Pariser parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß gegen Ende der Woche eine Unterredung der Londoner Konferenz erfolgen und Gerriot sich nach Paris begeben wird, um mit dem Parlament Beratung zu nehmen.

men. Der Londoner Berichterstatter des „Journal“ meinet hier, es sei unmöglich, zwischen diesem Gericht und der Londoner Seite des früheren Generaldirektors für den Staatsbankrott, Rakonoff, einen Zusammenstoß zu setzen. Gerriot beabsichtigt, sich durch das französische Parlament entscheiden und sich für die Londoner Konferenz seine Grenzen ziehen zu lassen, um in den bevorstehenden Verhandlungen mit Deutschland in jeder Weise gefestigt zu sein.

### Fords Beteiligung an der Anteihe

London, 23. Juli.

Die „Daily Mail“ druckt eine Meldung des „Gedänge Telegraph“ aus New York in Betreff der Beteiligung an der Anteihe, der amerikanische Industrielle Henry Ford wolle einen großen Teil der deutschen Anteihe sichern.

### Young ist optimistisch

London, 23. Juli.

Allen Young äußerte sich über die Londoner Konferenz, der „Chicago Daily News“ gegenüber sehr optimistisch bezüglich der Aussichten der Konferenz. Er meinte, daß trotz der Opposition der Bankiers dennoch eine Vereinigung der Gegenseite unmittelbar bevorstehe. Allerdings müsse der Vermittlungsvorschlag Theunis von anderen Erwägungen abgesehen als solchen, wie die der amerikanischen Bankiers. Theunis' Vorschlag sei der einzige, der die Komposition in ein eigenes Komitee zur Feststellung deutscher Verbindlichkeiten angeht, das in den Vereinigten Staaten nicht so sehr auf die Erfüllung deutscher Verbindlichkeiten, als auf die Sicherung der französischen Forderungen abzielt. Unter solcher Umstände sei natürlich der Vermittlungsvorschlag von Theunis ebenfalls nicht geeignet, den Wünschen der Amerikaner gerecht zu werden. Doch scheint die letzte Auffassung der Engländer zuzunehmen, daß viele der jetzt so wohl ercheinenden Schwierigkeiten überbrückt werden, sobald der Dawesplan in Angriff genommen werden. Die heutige Nachmittags-Sitzung soll so wie hier allgemein angenommen, die Entscheidung der Konferenz bringen.

### Auf der Flucht

Berlin, 23. Juli.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.) Der preussische Landwirtschaftsminister hat, wie uns mitgeteilt wird, die Sitzung der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der Länder am 18. ds. Mts. vor Aufhebung der Agrarfrage verlassen. Er hat jedoch einen sehr wichtigen Urlaub angetreten, obwohl alle Welt weiß, daß seine Stimme bei der Beschlußfassung des preussischen Staatsministeriums über die Vorlage zweier Anträge des preussischen Regierungsdirektors im Reichsrat von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Er setzt hierdurch, daß er nicht gewillt ist, präzis auf der Lebensfrage der deutschen und damit also auch der preussischen Landwirtschaft, die er zu betreuen hat, Stellung zu nehmen. Sein Staatssekretär Grimm ist gleichfalls in dieser für die Landwirtschaft entscheidenden Situation auf Urlaub gegangen. Kommerzienrat Erbricht ist.

### Die Vertreter der Ruhrverdrängten beim Reichspräsidenten

Berlin, 23. Juli.

Der Reichspräsident empfing heute vormittag die Vorsitzenden des Reichsverbandes der Ausgewanderten und Verdrängten von Rhein und Ruhr, die ihm die Forderung der Vertreibung bei der Wähler in die Heimat und insbesondere die Schwierigkeiten der Unterbringung schilderten. Sie unterbreiteten dem Reichspräsidenten Vorschläge zur Wähler.

### General v. d. Goltz klagt gegen den „Vorwärts“

Berlin, 23. Juli.

Erzengel Freiherr v. d. Goltz, der im Prozeß gegen den Geschäftsführer des „Vorwärts“ Dr. Pfeiffer, genannt und vom „Vorwärts“ als „Schurke“ bezeichnet wurde, weil er eine Tantieme von angeblich 32000 Mark erhalten hat, hat durch seinen Rechtsbeistand, Dr. Westphal, Grafantzen gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ wegen Verleumdung geklagt. Freiherr v. d. Goltz will den Beweis dafür antreten, daß er mit den Verfassungen des „Vorwärts“ nichts zu tun hat, daß die Tantieme aus einer besonderen G. m. b. H. aus dem Beereiterische geschlossenen Gesellschaften geflossen ist und daß ihm kein Vorwurf ehrenrühriger Art gemacht werden könne.

### Die „Note Falgue“ als Landesvertreterin

Berlin, 23. Juli.

Die „Note Falgue“ brachte heute eine Veröffentlichung des Staatsarchivs der Reichsbahnangelegenheiten, wodurch ein Staatsgeheimnis aufgehoben worden ist. Wie wir erfahren, wird der Oberbürgermeister gegen die für die Veröffentlichung verantwortlichen Personen eingeschritten.





